

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

SPD will Familienwohnen stärken

Modellfläche „Wohnen für Familien“ gefordert

Bezahlbares Wohnen bleibt eine der Hauptherausforderungen in Nürnberg. Die Stadt Nürnberg hat deswegen ein Sonderprogramm Wohnungsbau aufgelegt, bei dem 1450 Wohnungen in zehn verschiedenen Stadtteilen entstehen sollen, ein großer Teil davon im geförderten Bereich. Außerdem will die Stadt drei neue Wohnbaugebiete entwickeln mit einer Gesamtfläche von ca. 45 Hektar.

Die SPD-Stadtratsfraktion fordert nun in einem Antrag, die damit einhergehenden Chancen zu nutzen und eine der zu entwickelnden Wohnbauflächen zu einer Modellfläche „Wohnen für Familien“ zu machen. Die Fraktionsvorsitzende Dr. Anja Prölß-Kammerer erklärt: „Immer wieder wird die Abwanderung von jungen Familien in das Umland problematisiert. Begründet wird dies zumeist damit, dass Familien kaum Möglichkeiten hätten, im Stadtgebiet ihre Vorstellungen von geeignetem Wohnraum zu verwirklichen. Wir wollen, dass sich dies ändert, und Familien auch wieder in der Stadt auf Dauer ein Zuhause finden. Dazu brauchen wir auch neue, kreative Ideen, um Wohnraum für Familien zu schaffen – durchaus auch jenseits der klassischen Formen von Einfamilien- oder Reihenhäuser. Vorstellbar sind beispielsweise auch große Mietwohnungen in Verbindung mit der benötigten Infrastruktur.“ Die Verwaltung soll deshalb ein entsprechendes Konzept entwickeln, welche Wohnformen, vor allem im Mietwohnungsbau geeignet sind, Familien in der Stadt zu halten. Wesentlicher Faktor ist für die Sozialdemokraten dabei die Bezahlbarkeit für (junge) Familien.

Das zweite große Anliegen bei der Forderung nach einer Modellfläche ist es, dass zeitgleich mit den Wohnungen die soziale Infrastruktur für Familien mit aufgebaut wird. „Dazu zählen insbesondere Kindertagesstätten, Spielplätze, Freiflächen und ggf. auch ein Kinder- und Jugendhaus. Ziel ist es, dass diese Infrastruktur möglichst bereits dann genutzt werden kann, wenn die Familien einziehen“, so Prölß-Kammerer. Geprüft werden soll auch, inwieweit die wbg als Partnerin für ein solches Projekt gewonnen werden könnte.

Nürnberg, 8. August 2016